

13. Mai 2020

Motion

der Fraktionen SP und Grüne

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Weisung vorzulegen, mit der die Situation für die Pflege- und Betreuungsberufe der Gesundheitsinstitutionen der Stadt Zürich verbessert wird.

Verbesserungen / Massnahmen

- Einfordern von Massnahmen bei der kantonalen Gesundheitsdirektion sowie auf Bundesebene gegen die Finanzierungslücken im Gesundheitswesen mit Verweis auf die hohe Relevanz der städtischen Institutionen im Gesundheitsbereich für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung
- Erhöhung des Mindeststandards der Personalressourcen hinsichtlich Stellen und Ausbildungsstand (Skill-Grad-Mix), damit die personelle Besetzung generell und im Bezug auf entsprechendes Fachpersonal jederzeit gewährleistet bleibt
- Ergreifen von Massnahmen, um kurz- und mittelfristige Unterbesetzungen in den einzelnen Teams zu vermeiden
- Überprüfung und Anpassung der Funktionseinstufungen von Pflege- und Betreuungsberufen sowie weiterem nicht-ärztlichem Gesundheitspersonal entsprechend ihrer Verantwortung
- Konsequente Umsetzung des Gesundheitsschutzes durch Einhaltung der Pausen- und Ruhezeiten unter Berücksichtigung des Monitorings der Überstunden und Krankheitsabsenzen sowie Einleiten von notwendigen Massnahmen
- Umsetzung von Massnahmen für ältere Arbeitnehmende, insbesondere durch die Schaffung entsprechender Stellenprofile, unter anderem durch Anpassungen in der Schichtarbeitszeit und Reduktion der körperlich anstrengenden Arbeiten
- Umsetzung von Massnahmen zur Begleitung und Förderung von Berufseinsteiger/-innen, unter anderem durch attraktive Weiterbildungen und Mentoring-Programme
- Konsequente Umsetzung von Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben in allen Dienstabteilungen
- Einleiten von weiteren Massnahmen und Anreizsystemen, die dazu beitragen, dass qualifizierte Mitarbeitende im Beruf verbleiben

Begründung:

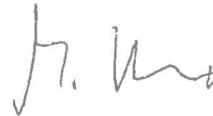
Die Mitarbeitenden in Pflege- und Betreuungsberufen arbeiten in ihren Berufsalltag oft unter schwierigen Bedingungen und grossem Druck. Dies ist einerseits für die Gesundheit der Gepflegten, aber auch der Pflegenden nachteilig. Trotz hohem Ansehen und grosser Verantwortung ist die Arbeit im Pflege- und Betreuungsbereich verhältnismässig tief entlohnt, die Arbeitszeiten im Schichtbetrieb sind anstrengend und oft fehlt es an genügend qualifiziertem Personal. Viele gut ausgebildete Fachkräfte scheiden daher rasch aus diesem Berufsfeld aus. Zudem scheiden ältere und erfahrene Mitarbeitende früher aus dem Arbeitsprozess aus, was die Situation zusätzlich verschärft. Der Erhalt von qualifiziertem Personal ist ein absolutes Muss, denn es ist auch volkswirtschaftlich ein Unsinn, wenn Fachkräfte sich aus dem erlernten Berufsfeld zurückziehen.

Die ausserordentliche Lage durch das Corona-Virus zeigt diese Grundproblematik umso deutlicher auf. Gleichzeitig zeigt die Corona-Krise aber auch wie hochgradig systemrelevant diese Berufsgruppen und die städtischen Gesundheitsinstitutionen als Ganzes sind.

Um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung langfristig sicherzustellen, ist jetzt entschiedenes Handeln auf allen politischen Ebenen zwingend und dringlich! Die Stadt soll sich auf kantonaler und nationaler Ebene als grosser Player im Gesundheitswesen dafür einsetzen, dass endlich Lösungen gefunden werden für die zahlreichen Aufgaben, die in den bestehenden Finanzierungssystemen nicht abgegolten werden (z.B. gemeinwirtschaftliche Leistungen wie Pandemie-Vorsorge, Spitalbehandlung von Fällen, die im DRG-System inadäquat abgebildet sind, Betreuungsaufwand von Menschen mit Demenz in der Langzeitpflege und vieles mehr).

Auf der Ebene des städtischen Handlungsspielraums sollen die Personalressourcen erhöht werden, damit der Personalbestand auch unter erschwerten Bedingungen wie Personalausfällen oder erhöhtem Arbeitsanfall in allen Dienstabteilungen sichergestellt ist und das geltende Personalrecht eingehalten werden kann. Zusätzlich müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um die Attraktivität der Pflege- und Betreuungsberufe zu erhöhen, auf der Ebene der Löhne, durch bedarfsgerechte Stellenprofile, Pensen und durch weitere Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben.

Nur so können wir die Versorgungssicherheit unserer Bevölkerung im Sinne eines starken Service public langfristig gewährleisten.

A large, stylized handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke extending to the right.A smaller, more compact handwritten signature in black ink, appearing to be a name followed by a surname.